

Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

KTM Schäfer sagte, er halte es für bedauerlich, dass man sich in dieser Gegend landschaftlich und naturschutzmäßig darauf einlasse, eine Deponie zu planen. Gleichzeitig sehe er ein großes Bürgerengagement gegen dieses Vorhaben. Seine Fraktion sei der Ansicht, diesem Vorhaben nicht zuzustimmen und stattdessen einen geeigneteren Standort, beispielsweise in der Nähe von Industriegeländen, zu suchen.

Der Landrat entgegnete, dass noch kein entsprechender Antrag vorläge. Darüber hinaus werde die RSAG Gutachten einholen, welche sich auch mit alternativen Standorten befassen. Erst danach könne ein Antrag gestellt werden, der gewissenhaft geprüft werde. Von daher könne über diese Angelegenheit noch nicht abgestimmt werden.

KTM Dr. Bieber wies darauf hin, dass dem Kreistag eine Beschlussfassung entzogen sei, da der Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde agiere und nicht im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft könne ebenfalls keine Entscheidung getroffen werden.

Darüber hinaus würden die RSAG-Mehrheitseigentümer der Rhein-Sieg Erdendeponie letztendlich aufgrund der Gutachten entscheiden, ob ein Antrag gestellt werde.

KTM Waldästl fragte, ob im Falle einer positiven Beschlussfassung bezüglich des Antrages der AfD-Kreistagsfraktion in der Sitzung des Kreisausschusses und des Kreistages der Landrat diesen Beschluss beanstanden müsse und ob seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde nicht gebunden seien, sich an dem Beschluss zu halten, weil sie lediglich den Antrag der RSAG auf Rechtmäßigkeit prüfen müssten.

Beides wurde durch den Landrat bejaht, woraufhin KTM Waldästl den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion für gegenstandslos betrachtete.

KTM Schäfer fragte, ob der Kreis als Mehrheitseigentümer im Vorfeld keine Eingriffsmöglichkeit im Gremium habe.

Der Landrat sagte, es entschieden die Gremien dieser Beteiligung des Kreises mit Mehrheit in den Verwaltungsgremien, ob der Antrag gestellt werde oder nicht.

KTM Dr. Bieber erklärte, die Politik müsse die Mitglieder des Verwaltungsrates anweisen, dass Projekt Erdendeponie in Meisenbach nicht weiter zu verfolgen. Diese wären dann daran gebunden.

Jedoch schaffe man damit im Rhein-Sieg-Kreis eine Ausnahmereglung. Durch diese Vorgabe nehme man zudem den Mitgliedern in den Gremien die Freiheit, hinsichtlich ihres Mandates für den Rhein-Sieg-Kreis zu entscheiden.

Darüber hinaus mache man diese Anweisung nicht, da in diesen Ausschüssen ein höheres Fachwissen vorherrsche und die Mitglieder in ihrer Verantwortung für den Rhein-Sieg-Kreis gute Entscheidungen trafen.

Aus diesen Gründen wolle er da nicht eingreifen.

KTM Waldästl ergänzte, bei der RSEB handele es sich um eine Gesellschaft, die zu 51 % im Besitz des Kreises und zu 49 % im privatwirtschaftlichen Besitz sei. Es stelle sich die Frage, ob in diesem Fall eine Weisungsmöglichkeit überhaupt bestehe, da als privatwirtschaftliches Interesse der Entsorgungsauftrag entgegenstehe.

Zudem hätten die Mitglieder im Aufsichtsrat und Verwaltungsrat der RSAG den Entsorgungsauftrag zu erfüllen.

Es könnte darüber hinaus zu Haftungsfragen von Gremienmitgliedern führen, falls ab einem gewissen Zeitpunkt keine Entsorgung mehr durchgeführt werden könne.

KTM Steiner wies darauf hin, dass sich die Mitglieder im Aufsichtsrat und Verwaltungsrat intensiv während einer Klausursitzung mit dem Thema auseinandergesetzt hätten. Er habe vollstes Vertrauen, dass diese Angelegenheit intensiv beraten werde, zumal bis heute noch kein Antrag gestellt worden sei.

KTM Schäfer sagte, er sei der Ansicht, dass der Kreis aufgrund der Mehrheitsverhältnisse dennoch eine Möglichkeit hätte, Einfluss zu nehmen. Seine Fraktion spreche sich nicht gegen die Errichtung einer Erddeponie im Rhein-Sieg-Kreis aus. Man halte jedoch diesen Standort für nicht geeignet. Der Antrag seiner Fraktion werde aufrechterhalten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Dann ließ der Landrat über den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion abstimmen.